



**LINKS
BL·BS**

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
157 · Ausgabe BL·BS · September 2015




Starke Leute, klare Werte

Die politische Rechte darf im nationalen Parlament nicht noch mehr Gewicht erhalten! Dafür stehen natürlich auch die SP BL und die SP BS ein: Sie nahmen am 10. September Anlauf für die heisse Wahlkampfphase. An einer gemeinsamen Delegiertenversammlung in der Basler Markthalle kamen alle für den Nationalrat Kandidierenden zu Wort, während Ständerätin Anita Fetz (BS) und Ständerat Claude Janiak (BL) eloquent durch die Veranstaltung führten.

Als Gastredner zeigte SP-Präsident Christian Levrat auf, wie entscheidend die Richtungswahl vom 18. Oktober ist.

Die Nationalratskandidierenden Sarah Wyss (BS) und Martin Rüegg (BL) präsentierten einen Aussagekatalog zur Europäischen Menschenrechtskonvention, den eine bikantonale Arbeitsgruppe unter ihrer Leitung erarbeitet hatte. Die Delegierten verabschiedeten ein Begehren an die SP Schweiz, eine niederschwellige Informationskampagne zu organisieren.

In einem Sofagespräch stellten anschliessend die weiteren neuen Kandidierenden – Mustafa Atici (BS), Christoph Hänggi (BL), Miriam Locher (BL), Samira Marti (BL), Kathrin Schweizer (BL) und Kerstin Wenk (BS)

– ihre Schlagfertigkeit unter Beweis und gewährten Einblick in ihren Wahlkampf-Alltag.

Abgerundet wurde der Abend durch die amtierenden NationalrätInnen Silvia Schenker (BS), Eric Nussbaumer (BL), Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) und Beat Jans (BS). Sie zeigten kurz und klar die SP-Positionen in den zentralen Debatten auf, die auch die kommende Legislatur prägen werden. Dafür braucht es unsere starken Leute in Bern dringend!

Lisa Mathys, Parteisekretärin SP BL und Delegierte SP BS

ELBA: Diese Abstimmung müssen wir gewinnen

Der Kanton Basel-Landschaft steht finanziell schlecht da. Trotzdem wollen die Bürgerlichen für mindestens 1,8 Milliarden Franken Verkehrsprojekte realisieren. Diesen Grössenwahn müssen wir stoppen! Der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit im Landrat wollen bei der Partnerschaft, der Bildung und dem Personal sparen – das Geld, um halb Allschwil zu untertunneln, soll

aber flüssiggemacht werden. Dagegen haben wir uns mit dem Referendum gegen den ELBA-Ausbau, das mit sensationellen 3254 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist, gewehrt. Die Volksabstimmung am 8. November 2015 zu ELBA können wir gewinnen, dafür braucht es aber unseren ganzen Einsatz.

Es ist unbestritten, dass es beim Verkehrssystem im Gebiet Leimental-Birseck-Allschwil Verbesserungen braucht. Doch der ELBA-Ausbau ist überrissen, nicht finanzierbar und damit nicht umsetzbar. Das im gleichen Prozess erarbeitete Projekt ELBA-Umbau hingegen löst die Verkehrsprobleme schneller, ermöglicht eine Verlagerung des Verkehrs zugunsten von öffentlichem, Fuss- und Veloverkehr – und das alles erst noch fürs halbe Geld.

Das Projekt ELBA-Ausbau wäre auch bei vollen Kassen ein Risikospiegel. Es will einseitig die Entwicklungschancen und -lasten auf die drei Gemeinden Münchenstein, Reinach und Allschwil konzentrieren. Alle anderen Gemeinden im Gebiet sollen zurückstehen und in etwa so bleiben, wie sie sind. Bei der Alterna-



Kathrin Schweizer, Präsidentin der SP-Fraktion im Landrat

tive ELBA-Umbau ist die Verteilung des Arbeitsplatz- und Einwohnerzuwachses gleichmässiger. Insbesondere dem Leimental würde damit mehr Entwicklungspotenzial zugestanden.

Mit der gleichmässigeren Siedlungsentwicklung, die dem ELBA-Umbau zugrunde liegt, sollen die kurzen Wege gefördert werden: Wohnen, Arbeiten und Freizeit rücken näher zueinander, was eine dämpfende Wirkung auf die Verkehrsentwicklung hat. Sie reduziert die Distanzen und macht Wege zu Fuss, per Velo oder im öffentlichen Verkehr für alle möglich. Sie steigert so die Wohn- und Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung und entlastet das Kantonsbudget.

Setzen wir uns für eine baldige und nachhaltige Lösung der Verkehrsprobleme im Leimental und darum für ein NEIN zum ELBA-Ausbau ein. Es braucht mehr Vernunft in der Verkehrspolitik. Damit auch die kommenden Generationen mehr erben können als zu viel Beton und leere Kassen. Mit unserem ganzen Einsatz werden wir die Abstimmung gewinnen können.



Ja zur richtigen Zielsetzung

FORMULIERTE GESETZESINITIATIVE «FÜR EINEN WIRKSAMEN ARBEITNEHMERSCHUTZ UND FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN FÜR KMU IM ÖFFENTLICHEN BESCHAFFUNGSWESEN», ABSTIMMUNG AM 8. NOVEMBER.

2014 reichten die Baselbieter Sozialpartner des Baugewerbes die Initiative ein. Sie will, dass die für den privaten Beschaffungsbereich bereits wirksamen Bestimmungen auch für den öffentlichen Beschaffungsbereich konsequent durchgesetzt werden können. Der Geltungsbereich beschränkt sich auf das Bauhaupt- und Baunebengewerbe ab einem Auftragswert von 50000



Martin Rüegg, Landrat, Gelterkinden

Franken. Ziel ist es, wie der Titel schon sagt, einen besseren Schutz der Lohn- und Arbeitsplatzbedingungen für Arbeitnehmende sowie faire Wettbewerbsbedingungen und gleich lange Spiesse für alle Anbietenden zu schaffen.

Obwohl in der Fraktion auch Kritik am umfangreichen Regelwerk geäussert worden ist, stimmte sie der Initiative mit grossem Mehr

zu, weil die Zielsetzungen für richtig befunden wurden. Die Initiative leistet einen wertvollen Beitrag zu einem wirkungsvollen Arbeitnehmerschutz, gegen Lohndumping, Arbeitszeitvergehen oder Sicherheitslücken und für die Einhaltung von Umweltvorschriften auf den Baustellen der öffentlichen Hand.

AGENDA SP BL

- Bis 17.10.: **Diverse Wahlkampfaktionen** im ganzen Kanton
- So, 18. Oktober, **nationaler Wahlsonntag**, ab 16 Uhr Wahlfest, Kath. Kirchgemeindehaus Füllinsdorf (Schönthal)
- Mi, 21. Oktober, 19 Uhr, **a. o. Delegiertenversammlung**, Muttenz

- So, 8. November, **kantonaler Abstimmungssonntag** – u. a. ELBA-Referendum

Dimensionen der Flüchtlingspolitik

TÄGLICH ERREICHEN UNS NEUIGKEITEN ÜBER FLÜCHTLINGSDRAMEN. NOCH NIE SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG WAREN SO VIELE MENSCHEN AUF DER FLUCHT. DIE POLITIK UND DIE GANZE GESELLSCHAFT SIND IN DER PFLICHT, DIES ZU ÄNDERN UND SICH SOLIDARISCH ZU VERHALTEN.

Neben dem Bund trägt auch der Kanton Basel-Stadt eine gesetzliche und gesellschaftliche Verantwortung. Dies beginnt mit der Unterbringung von Asylsuchenden. Die Regierung hat einen Ratschlag für eine mittelfristige Unterbringung ausgearbeitet. Mit dem Bau von Wohncontainern soll der Kanton in die Lage versetzt werden, auf Notlagen von mehrfach benachteiligten Personen im Bereich Wohnen rasch und adäquat zu reagieren. Weiter verfolgt wird die Idee einer Unterbringung bei Privatpersonen. Einerseits bringt diese Situation eine Herausforderung für alle an dieser Arbeit Beteiligten mit sich, aufgrund der kulturellen und sprachlichen Differenzen, vor allem aber, weil viele Menschen traumatisiert sind. Andererseits bringt die neue Situation auch Gutes hervor. Seit langem war die Solidarität der Schweizer Bevölkerung nicht mehr so gross. Dennoch dürfen sich Politik und Staat keinesfalls aus der Verantwortung stehlen und zentrale staatliche Aufgaben an Private delegieren.

Neben der Unterbringung ist auch die Integration wichtig. Doch die Erwerbsquote von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen ist sehr tief. Dabei erlauben sowohl das Ausländergesetz wie auch das Asylgesetz die Erwerbstätigkeit dieser Personen. Deswegen zielt mein neuester Vorschlag im Grossen Rat auf die Arbeitsintegration ab. Das vorgeschlagene Pilotprojekt ermöglicht es, die bereits vorhandenen beruflichen Erfahrungen von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen sinnvoll einzusetzen.

Es ist die Aufgabe der SP und ihrer Schwesterparteien in anderen Ländern, sich für Solidarität und gute Rahmenbedingungen einzusetzen. Daneben können wir uns



Sarah Wyss, Grossrätin, seit 6 Jahren Hilfswerksvertreterin für Asylsuchende

als einzelne Bürgerinnen und Bürger solidarisch verhalten. Leben wir eine Willkommenskultur vor – auch im Alltag. Wenn Politik und Gesell-

schaft am selben Strang ziehen, können menschliche Tragödien gemildert und langfristig auch verhindert werden.

INFORMATIONEN

Wohncontainer:
Ausgabenbericht
15.1223.01
Arbeitsintegration:
www.sarahwyss.ch/integration
Private Unterbringung:
www.sozialhilfe.bs.ch/asyl



GESUCHT: MITGLIEDER DER WAHLEITUNG FÜR DIE GR/RR-WAHLEN 2016

Die Wahlleitung ist das parteiinterne Gremium, welches einen Wahlkampf plant, koordiniert, organisiert und die Durchführung sichert. Dazu finden Sitzungen ungefähr im 2-Wochen-Rhythmus statt. In der Regel besteht die Wahlleitung aus einer WahlkampfleiterIn, je einer VertreterIn aus dem Parteipräsidium und des Sekretariats sowie weiteren motivierten Wahlleitungsmitgliedern, die spezifische Fachkompetenzen mitbringen. Die Wahlleitung wird für jede Wahl neu zusammengestellt. Ziel ist es, dass möglichst viele Gremien in der Wahlleitung abgebildet sind. Für die Gross- und Regierungsratswahlen 2016 suchen wir deswegen neben den Vertretungen des Präsidiums und des Sekretariats

3-5 MITGLIEDER DER WAHLEITUNG.

Von diesen Mitgliedern werden für den Wahlkampf relevante Fähigkeiten wie Event- und/oder Kampagnen- und Wahlkampf Erfahrung erwartet. Eine weitere Voraussetzung ist die Bereitschaft zur intensiven Mitarbeit und zuverlässigen Sitzungsteilnahme von Oktober 2015 bis November 2016. Ausserdem dürfen Wahlleitungsmitglieder nicht selbst für den Regierungsrat kandidieren oder die Absicht haben, bezahlte Aufträge aus der Wahlleitung zu erhalten.

Bei Interesse oder Fragen meldet ihr euch bis spätestens am Mittwoch, 7. Oktober bei Livia Diem an: 061 685 90 23 oder livia.diem@sp-bs.ch. Die Wahlleitung wird vom Parteivorstand am 20. Oktober gewählt. An dieser Zusammenkunft könnt ihr eure Motivation für die Mitarbeit in der Wahlleitung kurz darlegen. Am 22. Oktober, 18 Uhr wird die Kick-Off-Sitzung der Wahlkampfleitung stattfinden.

AGENDA SP BS

- Bis 17.10.: **Diverse Wahlkampfaktionen** in Basel und Riehen
- Sa, 3. Oktober, 19.30, **Jubiläumskonzert und kabarettistischer Rückblick auf die SP BS** mit Bettina Dieterle, Restaurant zum Alten Zoll (Elsässerstrasse 127), Anmeldung: sekretariat@sp-bs.ch oder 061 685 90 20

- So, 18. Oktober, **Nationaler Wahlsonntag**, ab 14 Uhr treffen wir uns im Restaurant Parterre, um auf die Wahlen anzustossen.
- Do, 29. Oktober, 20 Uhr, **Delegiertenversammlung zur Nomination der Gerichtspräsidenten für die Wahlen 2016**, Volkshaus Basel
- So, 15. November, **kantonaler Abstimmungssonntag**, u. a. Strasseninitiative

FEB: Ja zum «Gegenvorschlag»!

Erinnern wir uns: Im März 2012 wurde die Gesetzesvorlage zur familienergänzenden Betreuung im Frühbereich (FEB) an der Urne knapp abgelehnt. Unter anderem auch deshalb, weil sich die Gemeinden mehr Mitsprache bei der Ausgestaltung der Finanzierungsmodelle wünschten. Am 8. November wird nun über die überarbeitete FEB-Gesetzesvorlage abgestimmt. Eine Vorlage, welche dem Wunsch der Gemeinden nach freier Wahl zwischen Objektfinanzierung, welche die verschiedenen Anbieter finanziert, Subjektfinanzierung, bei der die Unterstützung direkt an die Familie geht, oder einer Mischfinanzierung



Miriam Locher, Landrätin,
Mitglied Spezialkommission
FEB

Rechnung trägt. Gemeinsam mit dieser Gesetzesvorlage als Gegenvorschlag wird auch die Gesetzesinitiative der FDP «Für eine unbürokratische, bezahlbare Betreuung im Frühbereich» an die Urne kommen. Diese wurde seitens der FDP als Reaktion auf die Abstimmung 2012 lanciert. Die SP stellt sich hierbei ganz klar hinter die Gesetzesvorlage und gegen die sinnfreie Initiative. Diese sieht die Subjektfinanzierung als ausnahmslose Form der Kostenbeteiligung für die Gemeinden vor. Zugunsten dieses Modells müssten andere, bewährte Angebote in den Gemeinden geändert oder

abgeschafft werden. Und es wird auch nicht jede Gemeinde in der Lage sein, eine genügend grosse Auswahl an Angeboten bieten zu können, um das Subjektfinanzierungsmodell zu rechtfertigen. Die Gemeindeautonomie soll daher klar erhalten bleiben. Das Gesetz trägt diesem Wunsch der Gemeinden nach freier Finanzierungsmöglichkeit Rechnung und regelt gleichzeitig wichtige Details.

Die Gesetzesvorlage stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist daher auf jeden Fall klar zu bevorzugen und zu unterstützen. Die Initiative verdient ein klares Nein.

Rheingasse, die Ausgehmeile im Kleinbasel

Seit die Mittlere Brücke autofrei ist, wird die Rheingasse von Gastrobetrieben belebt. Der schöne Sommer hat diesen Erfolg noch verstärkt.

Aus der langen Geschichte der Rheingasse wird klar, dass sie schon immer DIE Ausgehmeile des Kleinbasels war – zu Zeiten der Drogenszene oder als Durchfahrtsstrasse. Auf kleinstem Raum befinden sich 12 Gastrobetriebe. Alle miteinander, auch die Drei- und Vier-Sterne-Hotels, wünschen sich die Vereinheitlichung der Öffnungszeiten. Die Motion, welche nun im Grossen Rat als Anzug an den Regierungsrat überwiesen werden soll, möchte die Anpassung des Lärmempfindlichkeitsstufenplans (LESP) im Gebiet der Rheingasse erwirken. Ohne weitere Einsprachen könnten so

die Öffnungszeiten ab Sommer 2016 werktags bis 23 und am Wochenende bis 24 Uhr erweitert beziehungsweise vereinheitlicht werden.

Im Zusammenhang mit der Verkehrsfreien Innenstadt wurde 2014 die IG Rheingasse gegründet. Wichtiger Antrieb für die Gründung einer Interessengemeinschaft war (ist) die Befürchtung, dass die Rheingasse nach der Sperrung für den motorisierten Verkehr zu einer toten Gasse ohne soziale Kontrolle verkommen könnte. Die IG setzt sich deshalb dafür ein, dass Läden und Gewerbe, aber auch die Gastronomie der Gasse erhalten bleiben und ihr Angebot gar erweitern, ohne dass die Lebensqualität der BewohnerInnen darunter leidet. Angestrebt wird keine «Steinenvorstadt», sondern ein eher



Kerstin Wenk, Grossrätin

dörfliches, qualitativ hochstehendes Miteinander.

Auch um die 50 AnwohnerInnen haben sich nun zusammengeschlossen und wehren sich gegen die verlängerten und vereinheitlichten Öffnungszeiten. Sie befürchten Lärm und eine negative Entwicklung der Rheingasse.

Abgesehen von gegenseitiger Rücksichtnahme und Toleranz ist die Empfindung von Lärm sehr subjektiv. Die einen stört der Autolärm, die andern stören sich an rauchenden und lachenden Gästen. Ich hoffe, wir finden eine für alle Seiten tragbare Lösung in der Rheingasse, welche sich derzeit prächtig entwickelt.